

12.06.2017

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am Dienstag, den 06.06.2017, im Sitzungszimmer des Rathauses

Es sind erschienen:

Es fehlt entschuldigt:

Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen, Vorsitzender
Stv. Bürgermeister Gert Kämper
Ratsherr Kim Streitbörger als Stimmvertreter für
Ratsherr Ingo Börgmann
Ratsherr Ron Piekarski, stv. Vorsitzender
Ratsherr Sigurd Uecker
Ratsherr Jochen Voß

Ratsherr Olaf Sommer
Ratsherr Sigurd Uecker

Bürgermeister Uwe Garrels
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Finanzleiterin Gabriele Rüffert
Kämmerin Cornelia Baller
Protokollführerin Rena Janssen

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Stv. Bürgermeister Janssen eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Ratsherr Streitbörger verweist auf den Punkt 7 „Wirtschaftsplan des Tourismus-Service Langeoog“ VO17-134. Er stellt den Antrag den Punkt abzusetzen. Er ist der Meinung, dass ein Gewinn aus dem Verkauf der Liegenschaften HDI und KWC über 8 Millionen Euro utopisch sei. Dies müsse im Vorfeld besprochen werden.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass der Haushaltplan beschlossen werden müsse und ist der Meinung, dass der Punkt nicht abgesetzt, sondern diskutiert werden sollte. Die Vorlage könne immer noch ohne Beschlussempfehlung an den Verwaltungsausschuss und Rat verwiesen werden.

Stv. Bürgermeister Kämper ist der Meinung, dass im ersten Schritt ein Konzept zur Veräußerung der Liegenschaften vorgestellt werden sollte.

Der Punkt 7 „Wirtschaftsplan des Tourismus-Service Langeoog“ VO17-134 wird einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 08.12.2016

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 08.12.2016 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 08.12.2016 wird mit 5 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 5: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Es werden keine Fragen gestellt.

**Zu Punkt 6: Feststellung der Jahresrechnung 2012 und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2012
(s. Vorlage Nr. VO17-060)**

Kämmerin Baller erläutert die Vorlage. Sie erklärt, dass der Jahresabschluss 2012 der erste Jahresabschluss der Inselgemeinde Langeoog nach der Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik sei. Die Darstellung des Jahresabschlusses richtet sich nach dem durch das Ministerium für Inneres und Sport veröffentlichten Muster.

Der Jahresabschluss setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

1. Ergebnisrechnung
2. Finanzrechnung
3. Bilanz
4. Anhang

Das Jahr 2012 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Überschuss in Höhe von 569.761,35 Euro ab. Somit konnte der Fehlbetrag der Bilanz, basierend auf dem kameralen Soll-Fehlbetrag in Höhe von 5.712.105,77 Euro, um diese Summe gemindert werden. Die Finanzrechnung schließt mit 654.356,69 Euro ab.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Wittmund hat den Jahresabschluss 2012 geprüft. In den Schlusserklärungen fasst das Rechnungsprüfungsamt das Ergebnis zusammen und bestätigt, dass

- der Haushaltsplan grundsätzlich eingehalten worden ist,
- die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung eingehalten worden sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgeblichen Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und
- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen grundsätzlich enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde darstellt.

Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben. Da der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes keine Prüfungsfeststellungen enthält, war keine Stellungnahme seitens der Verwaltung erforderlich. Lediglich Prüfungsbemerkungen wurden geäußert.

Stv. Bürgermeister Janssen übergibt den Vorsitz an Ratsherrn Piekarski.

Stv. Bürgermeister Janssen erkundigt sich nach der Prüfungsbemerkung zur Abwassergebühr. Hier fand für die Jahre 2002 – 2012 entgegen der rechtlichen Vorgaben keine Kalkulation der Gebühren statt. Demnach hätten die Verbraucher eine Überzahlung an Abwassergebühren von wahrscheinlich mehr als 1 Million Euro geleistet. Er fragt nach, wieso der Überschuss nicht durch Gebührensenkung für die Bürger ausgeglichen wurde.

Kämmerin Baller erklärt, dass laut § 5 Abs. 2 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz alle drei Jahre eine Gebührenkalkulation zur Abwassergebühr stattfinden muss. Dies wurde für die vergangenen drei Jahre nachgeholt. Da es in Niedersachsen keine direkte Rechtsprechung gibt, habe die Verwaltung sich an die Rechtsprechung anderer Bundesländer gehalten. Sie erklärt, dass ab 2016 die Abwassergebühr deutlich gesenkt wurde. Weiterhin verweist sie auf den Ausgleich des Haushalts. Wären diese Gebühren nicht einbehalten worden, hätten die fehlenden Beträge an einer anderen Stelle z.B. durch eine Steuererhöhung eingenommen werden müssen.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass in Zukunft die Gebühren der Abwasserbeseitigung alle drei Jahre durch die Verwaltung neu kalkuliert werden.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt den Punkt einstimmig ohne Beschlussvorschlag an den Verwaltungsausschuss.

**Zu Punkt 7: Wirtschaftsplan des Tourismus-Service Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO17-134)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 8: Wirtschaftsplan der Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO17-136)**

Finanzleiterin Ruffert führt zum Vermögensplan anhand des Investitionsprogramms aus. Die wesentlichen Ausgaben in 2017 werden 1 Mill. Euro für den Neubau der Fußgänger- und Containerbrücken, ebenfalls 1 Mill. Euro für eine Halle im Bereich der Bahnbetriebswerkstatt für Mitarbeiter des Bauhofes und für Fahrzeuge, 600.000 Euro für Toiletten, Sozialräume und Unterstellmöglichkeiten für Trecker und Fahrzeuge am Hafen, 300.000 Euro für Müllfahrzeuge für die Containertransporte, sowie 230.000 Euro für einen neuen Unimog und Trecker für die Frachtverladung sein. 250.000 Euro sind für Unterstellmöglichkeiten u. a. des Feuerwehrfahrzeugs und für Lagermöglichkeiten am Flugplatz vorgesehen, andere wesentliche Aufwendungen entstehen für neue Fahrrad- und Gepäckpaletten (130.000 Euro), für die Ausstattung der Schiffe 100.000 Euro und noch 150.000 Euro als restliche Ausgaben für das neue Mitarbeiterwohnhaus am Melksett 8. Die geplanten Verluste für die Jahre 2017 – 2019 hätten neben dem tatsächlichen Aufwand und der erheblichen Investitionen in die Infrastruktur auch steuerliche Gründe. Der Verlust 2017 könne mit den Gewinnen aus 2016 verrechnet werden und zu einer erheblichen Steuerersparnis führen.

Stv. Bürgermeister Janssen scheinen die Kosten für die Unterstellmöglichkeit des Löschfahrzeugs und einiger Lagermöglichkeiten am Flugplatz in Höhe von 250.000 Euro sehr hoch. Er ist der Meinung, dass eine isolierte Halle ca. 100.000 Euro kosten würde.

Des Weiteren verweist er auf die Toiletten am Hafen. Er habe der Gemeinde angeboten seine Lagerhalle für seinen Kran kostenlos zur Verfügung zu stellen, so dass die Schifffahrt die Halle an

den Hafen verlegen und diese mitnutzen könne. Hier könnten Toiletten angebaut werden. Zudem ist er der Meinung, dass auch ein Hallenneubau weniger als 600.000 Euro kosten würde.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf den Punkt Halle Lagerplatz/Bahnbetriebswerkstatt. Er ist der Meinung, dass in der Bahnbetriebswerkstatt ausreichend Flächen (z.B. Tischlerwerkstatt) für die Mitarbeiter des Bauhofes vorhanden seien. Weiterhin verweist er auf die vorhandenen Sozialräume.

Ratsherr Piekarski scheint die geplante Summe von 50.000 Euro für eine neue Zaunanlage sehr hoch gegriffen zu sein.

Finanzleiterin Ruffert erklärt, dass die neue Zaunanlage in Verbindung mit einer neuen Halle stehe und eine neue Abgrenzung zum Bahnbetrieb darstelle. Dies seien bisher nur Ideen. Ein Gesamtkonzept werde derzeit erstellt. Die tatsächlichen Kosten könnten durchaus deutlich niedriger ausfallen.

Finanzleiterin Ruffert erklärt anhand der Vorlage die mittelfristige Ergebnis-, Finanz- und Investitionsplanung 2017 - 2021 und den Erfolgsplan.

Finanzleiterin Ruffert erläutert die wesentliche Positionen des Erfolgsplans. Bei den Mieten fallen in 2017 wegen der beschlossenen Mietfreiheit für die Arztpraxen 8.000 Euro weg, 40.000 Euro kommen für das neue Personalwohnhaus am Melksetz hinzu, Für die Gleisertüchtigung sind Zuschüsse in Höhe von 256.000 Euro bei Ausgaben in Höhe von 650.000 Euro eingeplant. Das Bahnhofsgebäude soll energetisch saniert werden (ca. 100.000 Euro), der Aufwand für die Schiffe setzt sich wesentlich aus den Mitarbeiterunterkünften für die Schiffe Langeoog III und IV, 350.000 Euro, dem Decksbelag für Onkel Otto (150.000 Euro) und einer neuen Maschine für den Frachter Pionier mit 80.000 Euro zusammen. In den Rechts- und Beratungskosten sind ca. 50.000 Euro für konzeptionelle Planungen zum Hafengelände Bensorsiel enthalten. Der NPorts-Hafentarif steigt jährlich um 5 % und für Gehaltssteigerungen sind 3 % eingeplant.

Finanzleiterin Ruffert erklärt, dass bei z.B. der Sanierung der Langeoog I (ca. 3.000.000 Euro Plankosten) anteilige Steuern des letzten Jahres erstattet werden können.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig, die Genehmigung des Wirtschaftsplanes der Schifffahrt für das Rechnungsjahr 2017 und stellt fest:

Es betragen

1. Im Erfolgsplan	die Einnahmen	11.389.000,00 €
	die Ausgaben	11.790.000,00 €
	der Jahresverlust	401.000,00 €
2. im Vermögensplan	die Einnahmen	4.370.000,00 €
	die Ausgaben	4.370.000,00 €

Es werden festgesetzt

1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	0,00 €
2. der Höchstbetrag des Kassenkredites auf	500.000,00 €

Zu Punkt 9: Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2017
(s. Vorlage Nr. VO17-137)

Kämmerin Baller berichtet, dass durch die Verkäufe sowie die kapitalisierte Bedarfszuweisung die Liquiditätskredite abgebaut wurden. Es besteht im Gegenzug jedoch ein erheblicher Investitionsstau.

Kämmerin Baller erläutert anhand einiger Folien den Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017.

Stv. Bürgermeister Kämper fragt nach woraus der ausgewiesene Gewinn des Tourismus-Service in 2018 entstehen soll.

Kämmerin Baller führt aus, dass der Gewinn aus den Verkäufen der Liegenschaften KWC und HDI resultiere.

Stv. Bürgermeister Kämper weist darauf hin, dass seiner Meinung nach ein Verlust von 2,8 Millionen entstehen würde, wenn der Verkauf nicht stattfinden sollte.

Finanzleiterin Ruffert erklärt, dass für die energetische Sanierung des Schwimmbades die Verkäufe der Liegenschaften unabdingbar sind. Ca. 1,5 Millionen Euro müssen für den Restbuchwert gegengerechnet werden. Die Sanierung wird erhebliche Summen verbrauchen. Sollten die Kosten nicht von den Erlösen gedeckt werden, müsse der Tourismus-Service diese selbst tragen und die Inselgemeinde als Folge die Verlustübernahme des Tourismus-Service leisten. Dies sei aus derzeitiger Sicht nicht finanzierbar.

Stv. Bürgermeister Kämper erklärt, dass eine Sanierung des Schwimmbades unvermeidlich sei. Jedoch könnten die Liegenschaften durch eine andere Einnahmequelle wie zum Beispiel durch die Verkäufe der Liegenschaften südlich des Strandkorbschuppens, westlich der Hafenstraße oder der Liegenschaften im Süderdünenring beschafft werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Finanz- und Wirtschaftsausschuss für eine Diskussion da sei. Es wäre daher sinnvoll gewesen den Punkt 7. „Wirtschaftsplan des Tourismus-Service Langeoog“ VO17-134 im Hinblick auf diesen Punkt zu besprechen. In den Ausschüssen könnte diskutiert und Ideen der Ratsherrn in den Wirtschaftsplan mit eingebaut werden. Er macht deutlich, dass ohne Wirtschaftsplan kein Haushaltsplan beschlossen werden könne.

Stv. Bürgermeister Kämper erklärt, dass die Ratsmitglieder Anträge für alternative Verkäufe abgeben werden.

Ratsherr Voss äußert, dass ihm das Gesamtkonzept fehle. Hierfür sollte ein Städteplaner hinzugezogen werden.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass Tourismusmanager Dollmann in verschiedenen Gremien das Konzept des Tourismus-Service mehrfach vorgestellt habe. Die Gebäude des KWC und HDI seien unwirtschaftliche Gebäude, die Liegenschaften Schwimmbad, Veranstaltungshaus und Sportstätte sind zu halten und zu entwickeln. Die Mittel dafür sollen aus der Verwertung der Liegenschaften KWC/HDI erwirtschaftet werden. Der Erlös von 8 Millionen sei nicht illusorisch. Die verbleibenden Liegenschaften müssen dann auf den Stand der Technik gebracht und energetisch saniert werden, um die Betriebskosten zu senken.

Des Weiteren müssten das Rathaus und weitere Liegenschaften dringend energetisch saniert werden.

Stv. Bürgermeister Janssen ist der Meinung, dass 8 Millionen Euro für die Veräußerung der Gelände KWC und HDI zu hoch angesetzt wurden. Er erklärt, dass der Rat sich klar zu einem Veranstaltungsbau bekannt habe und dieses durch Förderungen des Nationalparks finanziert werden könne. Er verweist auf den Neubau des Feuerwehrgebäudes. Ortsbrandmeister Sommer habe ihn darüber informiert, dass das Feuerwehrgebäude auf Borkum 3,5 Millionen Euro gekostet und Borkum zudem einen Zuschuss vom Landkreis Leer erhalten habe. Dies müsse auch auf Langeoog versucht werden. Die Gemeinde sei auf Zuschüsse angewiesen.

Ratsherr Piekarski ist der Meinung, dass 8 Millionen Euro ungreifbar seien. Die Kosten müssen sinnvoll angepasst werden.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass mit den Umbaumaßnahmen im Schwimmbad schon begonnen wurde. Sollten keine Gelder durch Verkäufe generiert werden, müssten die Arbeiten beendet werden. Das könne nicht zielführend sein.

Stv. Bürgermeister Kämper erklärt, dass das Interessenbekundungsverfahren auf den Weg gebracht werden müsse. Er ist der Meinung, dass für einen Erlös in Höhe von 8 Millionen Euro sehr viele Betten entstehen müssten. Dies sei nicht zum Wohle der Insulaner. Es müsse eine kombinierte Lösung für das Gelände entwickelt werden.

Ratsherr Börgmann stellt den Antrag den Beschlussvorschlag folgendermaßen zu ändern: „Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer bleiben unverändert. Das Investitionsprogramm wird für die Haushaltsjahre 2017 bis 2018 beschlossen“.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Beschlussvorschlag nicht geändert werden könne. Dies seien rechtliche Vorgaben zur Haushaltssatzung.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig, der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2017 zuzustimmen. Die Haushaltssatzung schließt im Ergebnishaushalt in den Erträgen mit 10.538.600 Euro und in den Aufwendungen mit 10.538.600 Euro sowie im Finanzhaushalt in den Einzahlungen mit 10.257.100 Euro und in den Auszahlungen mit 9.653.400 Euro ab. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von 1.000.000 Euro veranschlagt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.700.000 Euro festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen beläuft sich auf 5.580.000 Euro. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden jeweils auf 400 v.H. und der Hebesatz der Gewerbesteuer auf 380 v.H. festgesetzt. Das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020 wird beschlossen.

Zu Punkt 10: Jahresabschluss 2015 für das Duale System **(s. Vorlage Nr. VO17-138)**

Stv. Bürgermeister Janssen verliest die Vorlage.

Kämmerin Baller erklärt, dass sich in die Vorlage ein Tippfehler eingeschlichen habe. Der Überschuss betrage Jahresabschlusses sei 25.808,33 Euro und nicht wie in der Vorlage aufgeführt 25.858,33 Euro.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig, den Jahresgewinn 2015 des Dualen Systems als Betrieb gewerblicher Art (GbA) in Höhe von 25.808,33 € auf neue Rechnung vorzutragen und der Rücklage zuzuführen.

Zu Punkt 11: Jahresabschluss 2015 für die Photovoltaikanlage
(s. Vorlage Nr. VO17-139)

Stv. Bürgermeister Janssen verliest die Vorlage.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig, die Übernahme des Fehlbetrages aus dem Jahr 2015 in Höhe von 468,73 € für die Photovoltaikanlage als Betrieb gewerblicher Art (BgA) im Haushaltsjahr durch den Gemeindehaushalt.

Zu Punkt 12: Jahresabschluss 2015 für die Restmüllentsorgung inkl. Strauch- und Baumschnitt
(s. Vorlage Nr. VO17-140)

Stv. Bürgermeister Janssen verliest die Vorlage.

Ratsherr Voss ist der Meinung, dass überlegt werden müsse wie die Steuern gespart werden können.

Kämmerin Baller erklärt, notwendige Investitionen dem Gewinn gegenübergestellt werden müssten.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass regelmäßig verschiedene Investitionen erforderlich seien. Die Abwasserreinigungsanlage benötige z.B. einen LKW für die Containertransporte.

Ratsherr Piekarski fragt nach, ob die BGA's gebundene Gelder sind.

Kämmerin Baller erklärt, dass diesen keine tatsächlichen Gelder in der Höhe gegenüberstehen. Es handele sich um ein rechnerisches Jahresergebnis.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig, den Jahresgewinn 2015 der Restmüllentsorgung inkl. Strauch- und Baumschnitt als Betrieb gewerblicher Art (BgA) in Höhe von 65.798,26 € auf neue Rechnung vorzutragen und der Rücklage zuzuführen.

Zu Punkt 13: Jahresabschluss 2015 für die Entsorgung gewerblicher Abfälle
(s. Vorlage Nr. VO17-141)

Stv. Bürgermeister Janssen verliest die Vorlage.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt, den Jahresgewinn 2015 der Entsorgung gewerblicher Abfälle als Betrieb gewerblicher Art (BgA) in Höhe von 38.005,52 € auf neue Rechnung vorzutragen und der Rücklage zuzuführen.

Zu Punkt 14: Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages
(Tourismusbeitragssatzung) – bislang: Fremdenverkehrsbeitragssatzung
(s. Vorlage Nr. VO17-142)

Kämmerin Baller erläutert die Vorlage.

Zum einen werde der Fremdenverkehrsbeitrag aufgrund der Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz ab sofort Tourismusbeitrag genannt.

Des Weiteren war die Beitragshöhe ab 2017 neu zu kalkulieren. Aus der Kalkulation hat sich ergeben, dass der für 2016 ermittelte Beitragssatz den Aufwand überdecken würde und daher ab

dem 01.01.2017 auf 2,71 v.H. gesenkt werden kann. Sollten sich große Abweichungen von den Planzahlen ergeben, wird bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Neukalkulation durchgeführt. Für die Festsetzung des Tourismusbeitrages im Rahmen der Vorauszahlungsbescheide 2017 ist somit eine rückwirkende Satzungsänderung zum 01.01.2017 erforderlich.

Darüber hinaus wurden die Gewinn- und Vorteilssätze überprüft. Dazu wurden zunächst die Gewinn- und Vorteilssätze anderer gültiger Fremdenverkehrsbeitragssatzungen von Gemeinden in der Umgebung Langeoogs ermittelt und die Werte gegenübergestellt. Verglichen wurden die Satzungen von Borkum, Juist, Esens und Neuharlingersiel. Die Satzungen von Wangerooge und Baltum sind nicht vergleichbar. Norderney hat keine Satzung und Spiekeroog keine rechtmäßige Satzung.

Um die Gewinn- und Vorteilssätze vergleichen zu können, wurden sie zunächst auf das Durchschnittsniveau von Langeoog angepasst und ein Mischsatz von Gewinn- und Vorteilssatz ermittelt. Der Durchschnitt der Vergleichssatzungen wurde dann den Sätzen der Inselgemeinde Langeoog gegenübergestellt und die Höhe der Abweichungen ermittelt. Abweichungen über 4 Prozentpunkte nach oben wurden gekennzeichnet. Diese Kriterien zugrunde gelegt, sind folgende Positionen vergleichsweise höher belastet:

B4 Schankwirtschaft
 D2 Fahrradverleih
 EA3 Arztpraxis, Allgemeinmedizin
 EA4 Arztpraxis, -Kinder
 EA5 Arztpraxis, -Fach
 EA6 Arztpraxis – Zahn.

Um den durch die herangezogenen Gemeinden vorgegebenen Rahmen einzuhalten, könnten die Gewinnsätze der Schankwirtschaft um 4 Prozentpunkte und die Gewinnsätze des Fahrradverleihs um 6 Prozentpunkte gesenkt werden. Damit wären die Sätze wieder in dem Schwankungsbereich der Vergleichsgemeinden und würden in etwa dem Durchschnitt entsprechen bzw. darunter liegen.

Es wird vorgeschlagen, den Gewinnsatz der Ärzte (EA3, EA4, EA5 und EA6) in allen Bereichen auf 25 v. H. zu senken. Damit wäre dieser Gewinn- und Vorteilssatz im Vergleich mit den herangezogenen Vergleichsgemeinden der zweitniedrigste Wert.

Stv. Bürgermeister Kämper erklärt, dass der Rat die Ärzte zur Sicherstellung aus Standorts vom Tourismusbeitrag befreien wollten. Dies sei nach Auskunft der Verwaltung jedoch rechtlich nicht möglich. Er erklärt, dass die Ratsmitglieder den Ärzten eine Reduzierung der Kosten zugesichert hätten. Dies müsse nun eingehalten werden um neue Ärzte für die Insel zu gewinnen. Er ist der Meinung, dass die Gewinnsätze für die Fahrradverleihe nicht gesenkt werden sollten, da die Fahrräder die Straßensituation auf der Insel stark belasten. Er schlägt vor die Prozentpunkt der Ärzte auf 10 % zu minimieren.

Kämmerin Baller erklärt, dass über die Tourismusbeitragssatzung nicht die Verkehrssituation auf Langeoog gesteuert werde könne. Dies seien sachfremde Erwägungen, die zur Rechtswidrigkeit der Satzung führen würde. Auch bei den Ärzten müsse die Höhe des Vorteilsatzes realistisch sein und diesen nicht aus Gründen der Ärztegewinnung gesenkt werden. Darüber hinaus weist sie deutlich darauf hin, dass eine Reduzierung der Beitragslast für eine bestimmte Berufsgruppe zu einer Mehrbelastung der übrigen Berufsgruppen führe.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Ärzte auf Langeoog wichtige und gute Arbeit leisten, jedoch müssten alle Berufsgruppen ihren Beitrag zur Gesellschaft und zur Finanzierung ihrer Kommune leisten. Bei aller Anerkennung der Arbeitsleistung werde die ärztliche Dienstleistungen gesamt gut bezahlt.

Stv. Bürgermeister Kämper gibt Bürgermeister Garrels mit seiner Aussage recht. Er verweist jedoch darauf, dass in anderen Berufsgruppen schnell Ersatz gefunden werden könne. Dies sei jedoch nicht so bei den Ärzten. Er ziehe seinen Antrag auf Befreiung der Ärzte von der Zahlung des Fremdenverkehrsbeitrages zurück.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig, die Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages einschließlich der Anlage in der vorgelegten Form rückwirkend zum 01.01.2017 in der vorgelegten Form.

Zu Punkt 15: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

- a) Bürgermeister Garrels berichtet, dass der NLWKN am 08.05.2017 um 10:30 Uhr die Strandaufspülung vorstellen wird. Hierzu sind die Ratsmitglieder herzlich eingeladen. Am gleichen Tag wird die Bauabnahme des neuen Eisenbahnschart vorgenommen.

Zu Punkt 16: Anregungen und Anträge

- a) Ratsherr Piekarski bittet um Klärung, ob für den Neubau der Feuerwehr Fördermöglichkeiten bestehen. Er verweist auf die Förderung des Landkreises Leer an die neue Feuerwehr auf Borkum.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass Fördermöglichkeiten der EU und des Landkreises den Neubau für Feuerwehrgebäude geprüft wurden jedoch keine Mittel zur Verfügung stehen. Dennoch wird er die Fördermöglichkeiten nochmals prüfen und einen Antrag an den Landkreis stellen.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass es auf dem Gelände der neuen Feuerwehr Borkum zum Fund von Altlasten gekommen sei. Dies war der Grund für die Bezuschussung.

Zu Punkt 17: Einwohnerfragestunde

Adda Fischer

Frau Fischer erkundigt sich, wie hoch die Mehreinnahmen der Gemeinde durch die Nichtkalkulation der Abwassergebühren 2002 – 2012 gewesen sei.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass dies bei der Beratung des Punktes genannt wurde und vom Landkreis Mehreinnahmen in Höhe von ca. 1,1 - 2 Millionen Euro vermutet wurden. Er erklärt, dass der Überschuss in den Haushalt der Inselgemeinde geflossen sei.

Kerstin Oldewurtel

Frau Oldewurtel regt an, für das Schwimmbad von den Gästen Eintritt zu verlangen.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die Besucherzahlen nach dem Umbau stetig gesunken seien, die Kosten aber nicht reduziert werden konnten. Mit der Aktion des freien Schwimmbadeintritts wurde der Kurbeitrag deutlich angepasst. Daraus haben sich ca. 300.000 Euro Mehreinnahmen ergeben. Zudem sei das Bad wieder ausgelastet.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass jetzt jeder Gast über den Kurbeitrag eine anteilige Finanzierung für das Bad zahle. Einnahmen als Eintrittsgelder müssten bei der Kurbeitragskalkulation gegengerechnet werden. Durch dieses Konzept ist die Besucherzahl des Schwimmbades und der Insel gestiegen.


Adda Fischer

Frau Fischer erkundigt sich nach dem Tourismusbeitrag. Sie fragt nach, welches die Rechtsgrundlage sei.

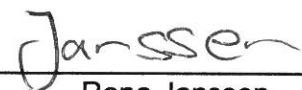
Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Tourismusbeitrag im Niedersächsischen Kommunalabsatzgesetz geregelt sei und seit 2005 bestehe.

Zu Punkt 13: Schließung der Sitzung

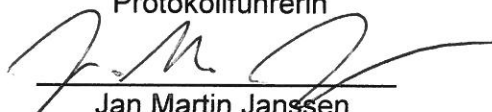
Ende der Sitzung: 21.40 Uhr



Uwe Garrels
Bürgermeister



Rena Janssen
Protokollführerin



Jan Martin Janssen
Stv. Bürgermeister, Vorsitzender